

Eröffnung »1. Berliner Rede zur Freiheit«  
durch den Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt  
am 25. April 2007

(es gilt das gesprochene Wort)

### **Friedrich Naumann – Stiftung für die Freiheit**

Diktaturen beherrschen weltweit noch eine große Zahl von Völkern. Autoritäre Regime missachten Menschenrechte. Rassismus, Pressezensur und Unterdrückung, Armut und Hoffnungslosigkeit verhindern die Teilhabe vieler Menschen an der Freiheit.

Folter ist vielerorts noch auf der Tagesordnung. Frauen werden in bestimmten Kulturen unterdrückt. Kinder werden nicht zur Schule geschickt, wenn es überhaupt eine gibt. Das Muster Stamm und Religion behindert in vielen Ländern die Orientierung in die Zukunft. Manche Gesellschaften befinden sich geradezu im freien Fall.

Aufgeklärte Gesellschaften haben sich noch nicht überall entwickelt. Aufklärung und Menschenrechte setzen sich nicht von selber durch. Es geht um Ethik und Macht, um Hilfe oder Wegschauen, um Legitimität oder Unrecht. Es geht um Menschen. Ihnen gilt es am Ende zu helfen, vor allem wenn ihnen ihr eigenes Land nicht helfen will oder sie sogar selbst zu Opfern macht.

Alfred Grosser beschreibt das Verständnis für die Leiden anderer als einen Grundwert Europas. »Die Selbstbezogenheit mancher Bekenntnisse und die Moral der nur der eigene Gemeinschaft geltenden Solidarität widerspricht einer Definition des nächsten die jeden Menschen umfaßt.« Die Menschen und Staaten, die frei sind, haben eine besondere Verantwortung, anderen zur Freiheit zu verhelfen. Nur so bleiben sie auch selbst frei und sicher. Die Stiftung arbeitet in über 60 Ländern, vielfältigen Projekten und Initiativen zum Aufbau von Bürgergesellschaften und demokratischen Strukturen. Sie setzt sich für Menschenrechte ein. Sie will dazu beitragen, dass freiheitlich denkende Persönlichkeiten mehr und mehr Chancen bekommen und dass politische Landschaften entstehen, die aktive Teilnahme ermöglichen und in denen eine freiheitliche Politik entwickelt werden kann. Universales Wertebewusstsein zu pflegen und zu vermitteln und weltweit zu offenen und reifen Gesellschaften beizutragen, sind Hauptaufgaben ihres internationalen Engagements.

Die freie Entfaltung von Menschen braucht einen Staat, der Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Sicherheit ist kein Feind der Freiheit, Sicherheit ist die Voraussetzung für die Teilhabe an Freiheit.

Aber: Nicht der Staat gewährt den Bürgern gnädigerweise Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit zur Wahrung der Rechte aller.

Die Bürgerrechte sind deshalb eine wichtige Dimension freiheitlicher Gesellschaften. Wenn wir ein freiheitlicher Rechtsstaat bleiben wollen, dann dürfen wir die ethische Überlegenheit des Rechtsstaates nicht preisgeben. Wir sind das, was wir tun. Vor allem sind wir aber auch das, was wir versprechen niemals zu tun: Foltern, Menschen ohne Angabe von Gründen einzusperren, Menschen zu verschleppen.

Sicherheit umfasst aber nicht nur Abwehrrechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Sicherheit umfasst auch die Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme, die nicht mehr zukunftsfähig und nicht mehr generationsengerecht sind. Sicherheit gibt es aber nicht ohne Anstrengung. Die Neuankommlinge in der Weltwirtschaft machen Plätze streitig und sozialer Frieden ist durch »Alimentierung der Ausgemusterten« nicht zu sichern.

Sicherheit erfordert eine vorausschauende Politik für Chancen und Erneuerungsbereitschaft statt Risikoaversion. Bildung und Ausbildung sind die Voraussetzungen, um überhaupt Perspektiven für ein menschenwürdiges Leben in Freiheit zu ermöglichen. Leistungsbereitschaft ist das eigentliche Ethos der Solidarität und nicht die Umverteilungsmarge im Sozialbudget. Es werden die Gesellschaften erfolgreich sein, die Kompetenz im Wandel zeigen.

Niemand kann die Gleichgültigkeit gegenüber Demokratie und Freiheit und Menschenrechten gleichgültig sein. »Leider zeigt die Mehrheit der Menschheit am Ende von Diktaturen keine besondere Neigung, die Interessen der Opfer in den Mittelpunkt zu stellen«, sagte neulich Joachim Gauck. »Denn die Opfer von einst halten der schweigenden Mehrheit einen Spiegel vor.« Freiheit erfordert Mut. Die Erziehung zur Fähigkeit des Umgangs mit Freiheit und zum Willen zur Freiheit bleibt deshalb eines der wichtigsten Ziele in Familie und Schule.

Dazu ist eine Kultur des Lernens in Zusammenhängen notwendig und nicht gestückelter Geschichtsunterricht oder reine Institutionenkunde. Man muss erfahren und wissen wie es zu Irrwegen kam und wie sie überwunden wurden. Eine große Erzählung, so schrieb Schwanitz in seinem Buch »Bildung«, über die europäische Geschichte der Aufklärung und die Emanzipation ist notwendig. Lehrer müssen dieses Kerngeschäft so beherrschen, dass die Schüler das verstehen. Und das Umfeld der jeweiligen Schule muss dieses unterstützen. Die Bildung und Erziehung zur Fähigkeit im Umgang mit der Freiheit ist Aufgabe aller, wenn sie in einer freiheitlichen Gesellschaft leben wollen. Es geht um Charakter und Haltung.

Thomas Jefferson schrieb 1776 in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung »that all men are created equal«, dass alle Menschen gleich erschaffen sind. Der Zufall, der bei der Kombination unserer Erbanlagen waltet, macht uns allerdings unterschiedlich freundlich, begabt oder interessiert. »Wenn alle Menschen gleich wären, würde einer im Prinzip genügen.«, schrieb der polnische Dichter Stanislaw Lec.

In einer freien Gesellschaft geht es deshalb um Chancengerechtigkeit. Der Staat eröffnet seinen Bürgern Chancen, garantiert ihnen aber nicht den Erfolg.

Leider verwechseln viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger elementare Gleichheit vor dem Gesetz mit einer Gleichheitseinstellung, die eher missgünstig mobil macht gegen die Idee der Freiheit, die Idee des Wettbewerbs und die Idee der Chancen und der persönlichen Verantwortung für das eigene Tun und Lassen. Zu viele fürchten, dass Freiheit anderen mehr nutzen könnte als ihnen selbst. Mit einer solchen Gleichheitsvorstellung werden Gesellschaften in jeder Beziehung aber eher ärmer und nicht reicher. Es ist nicht so, dass Gerechtigkeit dort entstände, wo die Gemeinschaft für Gleichheit sorgt.

Eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit ist nicht freiheitlich, sie ist zerstörerisch. Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen sie an Traditionen verlieren darf, wie viele »Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein für das Gemeinwohl sie auch bewahren und schaffen müssen.« Auf ihren Gleichgewichtssinn kommt es an, auf eine immer wieder neue Verbindung von Offenheit, von Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem. Das alles verlangt den prinzipiellen Verzicht auf eine Wahrheit, das verlangt Spielregeln; so ähnlich hat der kürzlich verstorbene Joachim Fest Fähigkeiten reifer Gesellschaften beschrieben.

John Stuart Mill schrieb schon in seinem berühmten Essay über die Freiheit dazu, dass es auch um einen Kampf gegen manche in der Gesellschaft vorherrschende Meinungen und Gefühle gehe, die Andersdenkenden oft mit Mitteln aufgedrängt werden die nicht überzeugend sind. Er macht damit auf die Gefahr von Gesinnungsdiktaturen aufmerksam, die eine ganz aktuelle Bedrohung sind.

Eigener Glaube und eigene Überzeugungen, und seien sie noch so sehr vom tiefen Gefühl ihrer Richtigkeit durchdrungen, müssen Prinzipien beachten, die in unserer Verfassung niedergelegt sind. Religionen müssen menschenrechtsverträglich sein in Wort und Tat. Religionen sollen Gott verehren und nicht Gott spielen. Sie sollten Menschen nicht in die Knie zwingen, sie sollten ihnen auf die Beine helfen. Es kann keine Toleranz gegen Intoleranz geben – auch wenn sie mit dem Anspruch auf eigene kulturelle Authentizität daherkommt.

Freiheit verlangt Mut aber auch Verzicht. Freie Gesellschaften, um noch einmal Joachim Fest zu bemühen, gründen sich nicht zuletzt auf eine Reihe von Voraussetzungen, »die streng genommen gegen die menschliche Natur gerichtet sind«, auf Selbstverbot, auf zivilisierte Regeln, auf Normen, auf Duldung, ja sogar auf Privilegierung von Minderheiten, auf ein System von Vorkehrungen. Nur so ist ein halbwegs erträgliches Zusammenleben von Menschen mit Menschen zu ermöglichen. In diesen Punkten liegt das »eigentümliche Pathos der Idee einer freien Ordnung.«

Das Beste, was dieses Land aufzuweisen hat, ist seine freiheitliche Verfassung. Ihre Stärke kommt aus dem Geist der Tradition aus dem europäischen Liberalismus. Darin liegt auch die Kraft der Erneuerung.

Eine geschriebene Verfassung alleine reicht aber nicht. Um die mentale Verfassung einer Gesellschaft geht es, wenn Freiheit Bestand haben soll. Es geht ganz einfach darum das Misstrauen gegenüber dem Freiheitspotential von Menschen zurück zu drängen.

Daran will die Stiftung für die Freiheit aktiv mitwirken. Sie versteht sich nicht nur als, sondern sie ist die Stiftung für die Freiheit. Staatsbürgerliche Bildung und Erziehung für die Freiheit und für den verantwortungsbewussten Gebrauch der Freiheit sind der Kern ihres Bildungsprogramms, das allein in Deutschland über 1000 Veranstaltungen anbietet. Nahezu 600 Stipendiatinnen und Stipendiaten sind sehr lebendige Beispiele für Talentförderung und Zukunftsorientierung.

Es geht dabei nicht nur um Wissen und Können. Es geht um Charakter und Haltung. Es geht um die Renaissance der Verantwortung in Freiheit. Nur in ihr, in der Freiheit, werden Gleichheit in Menschenwürde und vor dem Gesetz und Brüderlichkeit in dem Verständnis für andere sich entfalten können.